

GESCHICHTE



Wer wird Präsident?

Die Geschichte eines Rituals

Die Abgehängten

Britta Waldschmidt-Nelson
über Rassismus und
soziale Gräben in den USA

6

Geheime Ränke

Verschwörungstheorien
waren einmal salonfähig.
Werden sie das wieder?

54

Kälteschock

Im Herbst 1974 erfroren die
Schwalben. Einsammeln
und ab in den Süden!

76

POPULISMUS

Vom Dünger zum Gift für die Demokratie

*Als Populisten an die Macht kamen, nahm die Demokratie
ihren Anfang. Das geht heute gern vergessen.
Denn aus den progressiven Kämpfern von einst sind
Reaktionäre mit «leerem Herzen» geworden.*

Text Caspar Hirschi **Illustration** Malika Favre



«Die einzig gesunde Partei ist das kleine Volk», diagnostizierte ein Arzt in Paris Anfang November 1789, wenige Wochen nach dem Ausbruch der Französischen Revolution. In Opposition zum kleinen Volk stellte er «den Adel, den Klerus, die Justiz, die Finanz» und erklärte sie zu «Feinden des Vaterlandes». So zu reden, wäre ein paar Monate zuvor noch undenkbar gewesen. Ein Jahr später klang es schon alltäglich, und so verkündete der gleiche Arzt: «Im Kriegszustand, in dem wir uns befinden, gibt es nur das Volk, das kleine Volk, dieses so verachtete und so wenig verachtenswerte Volk, das sich gegen die Feinde der Revolution durchsetzen kann, sie zur Pflicht anhalten, zum Schweigen bringen und auf den Zustand des gesunden Terrors reduzieren kann.»

Der Arzt war Jean-Paul Marat, Herausgeber der Zeitschrift *L'Ami du Peuple*. Er sprach wie ein vollendeter Populist. Populisten erheben einen «moralischen Alleinvertretungsanspruch» des Volkes und sprechen damit «allen politischen Mitbewerbern» die Legitimität ab. So definiert der Politologe Jan-Werner Müller heute den Populismus. Er sei nicht nur antielitär, sondern auch antipluralistisch. Müller sieht in der Abwertung politisch Andersdenkender eine Gefahr für die Demokratie. Angesichts der chronischen Ausfälle heutiger Populisten gegen Regierungen («Landesverräter!», Parlamente («Schwatzbuden!») und Richter («Volksfeinde!») leuchtet seine Definition ein. Wer derart demagogisch spricht, rüttelt an den Grundfesten der Demokratie.

Für Marat und die radikalen Populisten der Revolution trifft das jedoch nicht zu. Als sie in Erscheinung traten, gab es keine Demokratie.

Die gemässigten Revolutionäre, die bis 1792 am Ruder waren, sahen in der Demokratie ein gescheitertes Experiment antiker Stadtstaaten. Monarchien mussten ihrer Meinung nach in Despotie und Demokratien in Anarchie umkippen. Einer ihrer Vordenker, Abbé Sieyès,

betonte, Frankreich sei keine Demokratie und könne aufgrund seiner Grösse auch keine werden. Sieyès und seine Mitstreiter strebten eine «repräsentative Regierung» an, die sie ebenso als Gegensatz zur Monarchie wie zur Demokratie verstanden. Entsprechend schloss die Verfassung von 1791, die Sieyès mitgestaltete, den grössten Teil der Bevölkerung vom politischen Leben aus.

Aus Sicht der gemässigten Revolutionäre waren Figuren wie Marat keine «Populisten» – die Bezeichnung entstand erst hundert Jahre später –, sondern «démocrates enragés», tollwütige Demokraten. Die so Beschimpften fanden bald Gefallen an der Bezeichnung und übernahmen sie für sich selbst. Nachdem sie die Macht an sich gerissen hatten, hielten sie allgemeine Wahlen ab und verabschiedeten eine neue Verfassung, mit der sie die Souveränität im Volk verankerten und das obligatorische Gesetzesreferendum einführten. Allerdings schoben sie die Inkraftsetzung auf, um sich zur direkten Vollzugsgewalt des Volkswillens zu erheben und alle «Volksfeinde» zu vernichten. In dem Moment, als die Demokratie Gestalt anzunehmen schien, ertrank sie im Blutbad der Terreur.

«Der Populismus ging der Entstehung einer demokratischen Politik voraus», stellt der Politologe Jürgen Mackert fest; er habe bei ihrer Entstehung «eine entscheidende Rolle» gespielt. Das heisst: Die moderne Demokratie ist nicht mit demokratischen Mitteln in die Welt gekommen. Die ersten «Volksherrschaften» wurden mit roher Gewalt errichtet, auch gegen den Widerstand der Revolutionäre der ersten Stunde. Anders jedoch als eine Diktatur benötigte die moderne Demokratie viel Zeit und mehrere Anläufe, um ihre geteilte Herrschaft zu stabilisieren. Sprechen wir heute von «Demokratisierung», meinen wir einen langen, an Rückfällen reichen Prozess.

Ohne Populisten wäre dieser Prozess nicht in Gang gekommen. Was sie mit dem Begriff des Volkes anstellten, glich einem Akt der politischen Alchemie, bei dem aus Dreck Gold wird. Hatten Aufklärer wie Voltaire den «peuple» noch als ignoranten Haufen von Fanatikern behandelt, so stilisierten ihn die radikalen Revolutionäre zum moralisch unbefleckten Souverän. Damit übertrugen sie dem Volk die exklusive Stellung als Träger der

Die Serie

Bisher erschienen:
Migration
Umwelt
Pandemie
Globalisierung

Nächste Folge im
Dezember: **Identität**
von Valentin Groebner

staatlichen Macht und markierten sie durch Abgrenzungen in alle Richtungen: nach oben gegen die alten Eliten in Kirche und Staat, nach unten gegen «Schmarotzer» und «Unwürdige» und nach aussen gegen Fremde.

Die Terreur liess den Nimbus des Volkes nur eine Zeitlang erblassen. Für neuen Glanz sorgten die Vereinigten Staaten. Zwar hatten es deren Gründerväter mit der Demokratie ähnlich gehalten wie die gemässigten Revolutionäre in Paris: Sie waren stolz, eine repräsentative Ordnung errichtet und, in den Worten des ersten Finanzministers, Alexander Hamilton, «das Laster der Demokratie» vermieden zu haben. Nachgeborene Amerikaner aber erklärten das Laster zur Tugend, und europäische Amerikafreunde machten es ihnen nach. Die Aufwertung des Volkes folgte auf dem Fuss. Wer sich, wie französische Liberale der Julimonarchie von 1830, zugleich als Befürworter der Demokratie und des exklusiven Wahlrechts ausgab, um die «Verdienstvollen» vom Volk abzuheben, stand bald auf der falschen Seite der Geschichte.

Als das liberale Bürgertum von Paris 1848 die nächste Revolution ausrief, führte es das allgemeine Wahlrecht ein. Es war der folgenreiche Versuch, die Idee der Repräsentation mit jener der Volksherrschaft zu versöhnen. Einen anderen Weg hatte derweil die liberale Bewegung eingeschlagen, die das Jahr 1848 als einzige unversehrt überstehen sollte: Die Architekten der Schweizer Bundesverfassung orientierten sich am Sprachgebrauch von 1789, als sie die Kantone verpflichteten, «die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen – repräsentativen oder demokratischen – Formen» zu sichern. Gemäss dieser Bestimmung existierte die Demokratie nur in den Landsgemeindekantonen, die man schon in der alten Eidgenossenschaft als «demokratische Staaten» bezeichnet hatte. Mit anderen Worten: Der neue «Bund der Eidgenossen» von 1848 war im Verständnis seiner Gründerväter gar keine Demokratie! Er war eine repräsentative Republik.

Welche Bedeutung der helvetische Sprachgebrauch von 1848 hatte, zeigte sich, als selbsternannte Demokraten nach 1860 die Regierungen liberaler Kantone angriffen. Sie nannten ihre Zusammenkünfte Landsgemeinden und beriefen

sich auf die Freiheitskämpfe der alten Eidgenossen. Sie selbst sahen sie als Vorkämpfer des Volkes gegen die korrupten Eliten. Manche klangen wie revolutionäre Populisten aus Paris, und tatsächlich gehörte zu ihren wichtigsten Inspirationsquellen die Verfassung der «tollwütigen Demokraten» von 1793. Karl Bürkli, ein Frühsozialist aus bestem Hause, wettete gegen «das System», das «die alles überwuchernde, aber ungesetzliche Geldaristokratie» errichtet habe. Salomon Bleuler, der Verleger des Winterthurer *Landboten*, rief seine Zürcher Mitbürger 1867 dazu auf, «die Volksherrschaft zu einer Wahrheit zu machen». Unter der Parole «Alles für das Volk, alles durch das Volk» verlangte die Demokratische Bewegung das Initiativ- und Referendumsrecht sowie die direkte Wahl von Regierungen und Richtern. Liberale fürchteten

Der Schweizer Bundesstaat von 1848 war im Verständnis seiner Gründerväter keine Demokratie, sondern eine repräsentative Republik.

um die Früchte ihrer Politik, mussten aber klein begeben, erst auf kantonaler, dann auf Bundesebene. So entstand die halbdirekte Demokratie.

Kurz nach Einführung der Volksinitiative in der Schweiz um 1891 kam auf der anderen Seite des Atlantiks der Begriff «Populist» auf. «Wir schlagen», schrieben jene, die sich so bezeichneten, «die Volksinitiative und das Referendum vor als Mittel, um einer Handvoll Piraten, Spielern und Konzernanwälten die Macht zu entwenden, die sie jetzt ohne Frage ausüben, um die Politik und die öffentlichen Angelegenheiten zum Zwecke der Ausplünderung bestimmen zu können. Dagegen muss die Macht wieder in die Hand der Volksmassen gelegt werden, wohin sie rechtmässig gehört.» Mit diesen Worten forderte die Populist Party aus Kansas 1895 einen Umbau der amerikanischen Politik nach Schweizer Vorbild. Rückgrat der Protestbewegung

waren Farmer im Mittleren Westen, die sich durch Eisenbahnmonopolisten und Landwirtschaftskonzerne in ihrer Existenz bedroht sahen. Viele von ihnen verkärten die Vergangenheit, manche waren Antisemiten, aber mit ihren Forderungen waren sie ihrer Zeit voraus. Die Populist Party verlangte die Verstaatlichung der Eisenbahn, die Einführung des Frauenstimmrechts und die Abschaffung des Goldstandards. Dass sie schon nach kurzer Zeit wieder von der politischen Bühne verschwand, lag nicht an inhaltlicher Erfolglosigkeit, sondern an der strategischen Überlegenheit der Demokratischen Partei. Sie nahm wichtige Anliegen auf und führte in mehreren Gliedstaaten direktdemokratische Instrumente ein.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen demokratische Staaten vor der doppelten

Nach der Wende 1989 wurde der Populismus zu einer reaktionären Gegenmoral. Die Populisten verneinten nun, was alle anderen bejahten.

Bedrohung des Kommunismus und des Faschismus. Der Begriff des Populismus jedoch spielte in der Bekämpfung beider Phänomene keine Rolle. Im Englischen bezog er sich weiterhin auf die amerikanische Protestbewegung der 1890er Jahre, im Deutschen und Französischen war er noch kaum bekannt. Das änderte sich erst im Kalten Krieg, als die repräsentative Demokratie in den Rang eines Bollwerks der westlichen Welt wider den Totalitarismus aufstieg.

Den entscheidenden Anstoss gab das 1955 erschienene Buch *The Age of Reform* des Historikers Richard Hofstadter. Es enthielt eine radikale Umdeutung der Populist Party, die damals als basisdemokratische Reformbewegung mit progressiven Langzeiteffekten bis zum New Deal galt. Für Hofstadter war sie von Anbeginn ein reaktionäres Sammelbecken von Nationalisten und Anti-

semiten, die eine Politik des Ressentiments betrieben und damit die Institutionen der amerikanischen Demokratie gefährdet hätten. Noch wichtiger für die Wirkung des Buches war, dass Hofstadter den Populismus nicht für ein vergangenes Phänomen, sondern für ein wiederkehrendes Problem hielt, das den demokratischen Staat auch in Zukunft belasten werde. Damit war der heutige Populismusbegriff geboren.

Hofstadters Thesen stiessen bei Historikerkollegen auf scharfe Kritik. Er verlor die Debatte über die Vergangenheit, gewann aber jene über die Zukunft. Was er auf die Zeit vor 1900 zurückprojizierte, sollte Jahrzehnte später Realität werden: Je alternativer die repräsentative Demokratie dastand, desto ressentimentgeladener wurden antielitäre Protestbewegungen im Namen des Volkes. Spätestens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wandelte sich der Populismus zu einer Kraft der reaktionären Gegenmoral, die in der Verneinung dessen aufging, was die Träger der repräsentativen Demokratie bejahten. Wurden diese internationaler, multikultureller und progressiver, gaben sich Populisten umso nationalistischer, homogener und konservativer. Der Tabubruch geriet zum Selbstzweck, die Basisdemokratie zum Lippenbekenntnis. Wenn Populisten die repräsentative Demokratie gefährdeten, dann nicht, weil sie eine Alternative vor Augen hatten, sondern weil sie an ihrer Demontage Gefallen fanden. Der Politologe Paul Taggart hat schon vor zwanzig Jahren vom «leeren Herzen» des Populismus gesprochen, womit er das Fehlen positiver Werte meinte. Umso wichtiger wurde für Populisten die Beschwörung von Feindbildern.

Wie kam es zur reaktionären Wende des Populismus? Im Mittelpunkt der meisten Erklärungsansätze steht der wirtschaftliche und kulturelle Wandel im Zuge der jüngsten Globalisierungswelle, von der Abwertung der Arbeiterschaft über die Zunahme der Ungleichheit bis zur Vertiefung des Stadt-Land-Grabens. Das ist nur die halbe Geschichte. Die andere Hälfte hat mit kollektivem Vergessen zu tun. Demokratischen Gesellschaften ist die Erinnerung abhandengekommen, dass die repräsentative Demokratie aus einem unauflösbaren Widerspruch hervorgegangen ist. Ihr Verfas-

sungsgerüst wurde entworfen, um zu verhindern, was ihr Name verspricht: die Volksherrschaft.

«Repräsentativ» und «demokratisch» entstanden als Gegensatzpaar, das durch Umdeutungsarbeit nie ganz auflösen war. Demokratie bedeutet Volkssouveränität, impliziert die Gestaltung der Politik durch freie Bürger und steht in der Moderne für das Prinzip der Gleichheit. Repräsentation dagegen delegiert die politische Gestaltung an gewählte Volksvertreter und steht in der Moderne für das Prinzip des Pluralismus. In repräsentativen Demokratien können die Regierenden Dinge tun, ohne die Zustimmung der Regierten einzuholen. Im glücklichen Fall spüren sie ihnen vor, wie bei der Einführung des Frauenstimmrechts, im unglücklichen zwingen sie sie in ein Korsett, wie bei der Schaffung des Euro-Raums.

Solange regierende Politiker die inneren Spannungen der repräsentativen Demokratie kannten, tendierten sie zur Selbstbescheidung als Diener am Mehrheitswillen. In der Schweiz sind sie bis heute an diese Rolle gebunden, würden sie sonst doch eine Abstimmungsniederlage nach der andern kassieren. Wo jedoch das Korrektiv von Initiativen und Referenden fehlt, die repräsentative Demokratie als sakrosankt gilt und ihre Geschichte in Vergessenheit gerät, droht sich die Politik von den Erwartungen der Wählenden zu entfremden. Ein untrügliches Zeichen dafür ist die Abstrafung von Regierungsparteien an den Wahlurnen, wie sie jüngst in vielen Demokratien zur Regel wurde. Die Stärke heutiger Populisten verdankt sich der Schwäche der staatstragenden Parteien.

Allein, die Populisten haben als Gefangene ihrer reaktionären Antipolitik zur Bewältigung der Probleme, denen sie ihren Aufstieg verdanken, nichts beizutragen. Und was die Geschichte der unerfüllbaren Versprechen angeht, die an der Idee der «Volksherrschaft» haften, sind sie erst recht mit Blindheit geschlagen. Es ist daher an allen anderen Kräften, dem nie abgeschlossenen Projekt der Demokratisierung neues Leben einzuhauchen. Ihre – unsere – Aufgabe ist es, aus dem chronischen Erwartungsüberschuss, den die beste aller schlechten Herrschaftsformen erzeugt, mehr politische Teilhabe, Gleichheit und Vielfalt zu schaffen. | G |



Weiterführende Literatur

- Rogers Brubaker: Why Populism?, in: Gregor Fitzi u. a. (Hg.): Populism and the Crisis of Democracy, Bd. 1. New York 2019, S. 27–46.
- Rolf Graber: Demokratie und Revolten. Die Entstehung der direkten Demokratie in der Schweiz. Zürich 2017.
- Caspar Hirschi: Politik der reaktionären Gegenmoral. Zum populistischen Konfliktverhalten, in: Merkur 74 (2020), S. 5–21.
- Jürgen Mackert: «We the People». Liberal and Organic Populism and the Politics of Social Closure, in: Gregor Fitzi u. a. (Hg.): Populism and the Crisis of Democracy, Bd. 1. New York 2019, S. 91–108.
- Philip Manow: (Ent-) Demokratisierung der Demokratie. Berlin 2020.
- Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016.
- Pierre Rosanvallon: Le siècle du populisme. Histoire, théorie, critique. Paris 2020.



Caspar Hirschi, Jahrgang 1975, ist Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Er studierte in Freiburg und Tübingen und lehrte in Cambridge und an der ETH Zürich. 2012 erschien von ihm *The Origins of Nationalism* (Cambridge University Press), 2018 *Skandal-experten, Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems* (Matthes & Seitz).